

Dresdner Volkszeitung

Postfachkonto: 2693.
Raben & Comp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Stanzkonto:
Gehr. Kraholtz, Dresden.

Abzugspreis: einschließlich Postgebühren monatlich 6,00 M., durch die Postbezogen vierteljährlich 18,00 M., unter Kreuzband für Deutschland monatlich 8,50 M., Einzelnummer 20 Pf.

Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Zeitungsplatz 10, Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Zeitungsplatz 10, Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: die oberste Komparativzeile 2,00 M., Familienanzeigen 1,50 M., die Spezialzeile 6,50 M. Bei mehrmaliger Ausgabe Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Eine Verpflichtung zur Aufnahme am vorgeschriebenen Tagen. Für Briefwerbung 30 Pf.

Nr. 165

Dresden, Dienstag den 20. Juli 1920

31. Jahrg.

Aus den Akten des Untersuchungsausschusses

Der zweite Unterabschnitt des Untersuchungsausschusses der Nationalversammlung, der sich mit der besonderen Frage zu befassen hatte, ob die Friedensmöglichkeiten, die sich aus Wilsons Aktion ergaben, mit der erforderlichen Sorgfalt behandelt worden seien, hat jetzt seinen Bericht und als Anlage dazu eine Reihe interessanter Telegramme aus dem Februar/März 1917 erscheinen lassen. Dieser Bericht ist von Genossen Dr. Einzheimer erstattet und mit einigen Änderungen von der Mehrheit der Kommission genehmigt worden. Die Mehrheit des Ausschusses schließt sich an den Winderichtsbericht des deutschnationalen Abg. Schulz, Bromberg, an und die Beschlüsse der Sachverständigen Dietrich Schäfer, von Mühlberg, Bonn und Otto Goebel. Der Mehrheitsbericht folgt dem Ergebnis der Untersuchung in folgende Sätze zusammen:

In der durch die Friedensaktion Wilsons im Winter 1916/17 geschaffenen Gesamtlage waren Anhaltspunkte dafür vorhanden, daß es möglich sei, zu Friedensbedingungen zu gelangen. Die Reichsregierung hat diese Möglichkeit nicht ausgenutzt. 2. Die Gründe dafür, daß die erwähnten Möglichkeiten nicht ausgenutzt worden sind, liegen in dem Befehl über die Entlassung des unumgänglichsten U-Boottrieges vom 9. Januar 1917.

Der Bericht stellt noch einmal die bekannten geschichtlichen Ereignisse klar. Nach der Antwort der Entente auf die deutsche Friedensnote vom 13. Dezember zeigte Wilson seine Unverständnis für die Bedeutung der Aktion. Die Mehrheit des Ausschusses ist der Meinung, daß die amerikanische U-Boottiere mehr und mehr die Oberhand gewonnen hätten. Darum wurde auch die deutsche Presse über die Bedeutung der damaligen Aktion Wilsons in einer unrichtigen Weise informiert. Die Untersuchungsausschüsse haben festgestellt, daß die Reichsregierung Wilson zu seinem Friedensschritt aufgefordert hat, wurde der Befehl erlassen, es handle sich um eine selbstherrliche Ermächtigung Wilsons, die man sich bedäunern müsse.

In ähnlicher Weise wurden später die Gutachten gegen den U-Boottkrieg systematisch unterdrückt. So wurde man in den U-Boottkrieg hinein, der alle Möglichkeiten eines Auswegs aus dem Weltkrieg vernichtete, Amerika auf die Seite unserer Feinde führte und uns schließlich den Selbstverleugung des Weltkrieges brachte. Die Partei der U-Boottkrieges werden im Ausnahmefall folgendermaßen zusammengefaßt:

1. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen eines erfolgreichen U-Boottkrieges sind nicht ausgenutzt worden, namentlich wurde die wirtschaftliche Hilfe Amerikas nicht ausgenutzt in Betracht gezogen.

2. Die abschreckende Wirkung auf die neutrale Schifffahrt ist in Wirklichkeit nicht in dem Maße eingetreten, als vorausgesetzt worden ist.

3. Die Gegenmaßnahmen militärischer und technischer Art gegen den unumgänglichsten U-Boottkrieg sind nicht ausreichend gemindert worden.

4. Die militärischen Mittel Amerikas sind völlig unterschätzt worden.

5. Die militärische Beteiligung Amerikas am Krieg durch umfangreiche Truppentransporte ist kaum geschätzt worden, indem man glaubte, daß die U-Boote diese Transporte, wenn es überhaupt dazu käme, hindern würden.

6. Die Frage der ausreichenden militärischen und wirtschaftlichen Hilfe Deutschlands wurde nur im Hinblick auf die nächste Zeit getrachtet, aber nicht unter dem Gesichtspunkt, daß im Sommer 1917 ein Frieden nicht erzwungen sein und der Krieg durch den Beitritt Amerikas sich noch auf lange Zeit hingezogen und verheerend sein könne.

Der Bericht tadelt die schweren Fehler, die von der militärischen Leitung in der Beurteilung der U-Boottausichten gemacht worden sind. Er stellt es als die geschichtliche Schuld der politischen Reichsleitung hin, daß sie in der wichtigsten Entscheidung Deutschlands geschehen ließ, was nach seiner Überzeugung schädlich war. Der Bericht spart schließlich auch nicht an Tadel für die damalige Reichsregierung, die für den Verständigungsfrieden nicht zu haben war und die Entscheidung in der U-Boottfrage in die Hände der Obersten Heeresleitung legte. Entschuldigung wird hinzugefügt, daß dem Reichstag die nötigen Informationen fehlten, daß er keine richtige Kenntnis von der militärischen Lage zu Lande hatte und nicht wußte, daß die Friedensaktion Wilsons von der deutschen Regierung betrieben worden war. Es wird die Vermutung ausgesprochen, daß im Reichstag schon damals eine Mehrheit für den Verständigungsfrieden vorhanden gewesen wäre, wenn der Reichstag richtig informiert gewesen wäre und wenn die Regierung ihn vor die klare Entscheidung gestellt hätte, mit Bethmann-Hollweg den Weg des Verständigungsfriedens oder gegen ihn den Weg des Krieges mit Amerika zu gehen. Diese bedingte Verantwortung der damaligen Reichsregierung ist von den Demokraten Schein und Schilling und vom Zentrumsmann Maxen unterstrichen.

Dem Kaiser Wilhelm II. war vorzuziehen worden, daß die Oberste Heeresleitung selbst den U-Boottkrieg als einen letzten Versuch betrachtete, aus einer unmöglichen militärischen Lage herauszukommen. Er wußte nichts von der über die Lage Deutschlands, sondern konzentrierte darauflos, über die über die Lage, in die Amerika sich gebracht hätte, da es genügt habe, ihm, dem Instrument des Schicksals, durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen einen Stöckchen anzutun.

Wußte ein Reich, das so regiert war, nicht zu Grunde zu gehen?

Waffentoller rechts und links

Die Berliner Freiheit macht über Rüstungen der Militärischen in der Warf Brandenburg ausführliche Mitteilungen, in denen es heißt: Waffentoleranz werden die Angehörigen der früheren Freikorps auf den Gütern untergebracht, dort in militärischen Verbänden zusammengehalten und für den neuen Umzug bereitgehalten. Hauptleiter für Brandenburg ist Hauptmann Pfeiffer, der Wache des bekannten Frontbundes, gegen den vor einigen Wochen, um die Öffentlichkeit zu beruhigen, ein Streikbrief erlassen worden ist. Bisher sind im Kreis Arnswalde vier Kompanien Infanterie, mehrere Batterien Artillerie sowie Train-, Verpflegungs- und Sanitätskolonnen untergebracht, außerdem die Batterie Flotow von der Eisenen Division. Gewehre und Maschinengewehre sind auf den Gütern reichlich versteckt. Auch mehrere Minenwerfer sind vorhanden. Das fehlende Material wird Herr Pfeiffer noch beschaffen, da er gute Beziehungen zur Reichswehr hat. Die Freiheit veröffentlicht schließlich einen Befehl des Hauptmanns Pfeiffer über Ausschüttung und Unterbringung der Mannschaften.

Während die Unabhängigen auf die Rüstungen der Reichsbolschewisten aufmerksam macht, gibt das Berl. Tagebl. Einzelheiten aus dem Lübecker Generalanleger wieder, in denen über eine angebliche Hamburger Geheimorganisation der linksradikalen Parteien Hamburgs für einen bewaffneten Kampf berichtet wird. Danach hat ein Genosse Otto, ein Kämpfer aus dem Ruhrgebiet, seit einigen Wochen die Leitung der Kampforganisation, die in jedem Bezirk eine Kompanie von 30 bewaffneten Parteimitgliedern besitzt, zu denen 150 Mann, auch „Draufgänger“ nicht ganz einwandfreier Art, kommen sollen. Besonders Augenmerk wird auf sofortige Beschaffung von Gewehren und Munition gesetzt. Die Kampforgorganisation der Hamburger kommunistischen Arbeiterpartei sei von den Unabhängigen übernommen worden. In Versammlungen und Plakaten werde aufgerufen, seine Waffen abzugeben, auch nicht die während der Rapt-Lage an die Unabhängigen ausgegebenen. — Das B. L. bemerkt hierzu, daß die Unabhängigen, falls sich diese Waffen bemächtigte, hier den von ihnen empfohlenen militärischen Abmachungen von Spa entgegenarbeiten und der Genosse Knack zum Einschreiten gegen Deutschland geben.

Eine Berliner Kampforganisation?

Berlin, 20. Juli. Der Berliner Dolanleger veröffentlicht Einzelheiten über die Bildung einer linksradikalen Kampforganisation in Berlin. Unter der Maske von Arbeiterportierclubs hielten allabendlich militärische Arbeiterkompanien Schwallenbewegungen und Panzerparaden ab. Das Blatt berichtet weiter über die Gründung eines Komitees zwischen dem linksradikalen und dem republikanischen Führer, das alle Vorbereitungen für den Kampf treffen soll. Die Richtlinien sollen von dem Hamburger Komitee zur Vorbereitung des deutschen Generalausstandes ausgeht werden. Die militärische Leitung habe ein Kandidat Namens Rimpach, der schon auf Seiten der Bolschewisten gekämpft haben soll. Am Sonnabend habe eine Sitzung der Kampforganisation in Berlin stattgefunden, die sich mit einer intensiveren Vorbereitung in der Reichswehr beschäftigte. Die Propaganda bezog sich auf weitere Waffen für die Stochtruppe in die Hand zu bekommen.

Neueste Telegramme

Wieder ein Zusammenstoß mit Ententeoffizieren

Eigene Drahtmeldung
Berlin, 20. Juli. Am Bahnhof Charlottenburg kam es heute am Mittelnacht zu einem Zwischenfall mit zwei

Ententeoffizieren. Zwei Offiziere, ein Oberleutnant und ein Leutnant der internationalen Kontrollkommission, bedieneten Passanten. Es sammelte sich rasch eine große Menschenmenge an und es schien zu Unruhen zu kommen. Die Sicherheitspolizei wurde herbeigerufen und nahm die beiden Offiziere, die keine Ausweispapiere bei sich trugen, zu ihrem eigenen Schutz auf das nächste Polizeigebäude, wo sie bis zum nächsten Morgen blieben, bis ihre Identität festgestellt war. Auch vor dem Nachtklub hatte sich eine große Menschenmenge angesammelt, die aber von der Sicherheitspolizei gestreut wurde. Wie wir weiter erfahren, handelt es sich um zwei englische Offiziere. Sie sollen sich in nicht ganz bester Verfassung befunden haben. Sie behaupten, daß ihnen im Verlauf der Affäre Briefstücke und Geld abhanden gekommen seien. Eine Untersuchung der Angelegenheit ist eingeleitet.

Millerand und die Kammer

Eigene Drahtmeldung

Paris, 20. Juli. Die französische Kammer wird nach einer kurzen Unterbrechung ihre Arbeiten wieder aufnehmen. Kammerpräsident Millerand wird sofort nach Eröffnung der Sitzung Berichten über die Ergebnisse der Konferenz von Spa abgeben, besonders über die Beratungen, die die spanische Regierung im Interesse der Befriedung der Katalanen zu teilerbrachten. Millerand wird erklären, daß die Katalanen zwar nicht billiger seien als bisher, daß man aber durch Verhandlungen mit ihnen ein Einverständnis erzielt habe, das man bei Verhandlungen mit den Deutschen im Hinblick auf die Befriedung von Navarra, Katalonien und Basken zum Ausdruck bringen werde.

Die nationale Verteidigung Polens

Eigene Drahtmeldung

Warschau, 20. Juli. Die Befriedung Polens wird als ein Erfolg der polnischen Regierung mit allen Männern bis zum 45. Lebensjahre unter die Waffen. Der Landbesitz der Bevölkerung wird nicht, daß das gesamte polnische Eisenbahnnetz der militärischen Oberleitung unterstellt wird. Ein Aufruf des Staatspräsidenten Piłsudski ist auch mit dem Befehl des Unterganges des Reiches.

Lenins Siegesuberficht

Eigene Drahtmeldung

Moskau, 20. Juli. Nach einer Rede von Kollontaj, der Generaldirektor der roten Armee, ist die rote Armee in Moskau, der Siegesparade der roten Armee sei nicht mehr anzuhängen und werde eine neue weltanschauliche Periode einleiten. Der Bolschewismus werde sich jetzt über ganz Mittel- und Westeuropa verbreiten. In den eroberten polnischen Städten hätten die Einwohner die rote Armee mit Begeisterung begrüßt. Der russische Außenminister Tschitschewin erklärte, es sei für die Wiederanfertigung des alten Rußlands nötig, mit Deutschland eine gemeinsame Grenze zu haben. Die Offensiv gegen Polen werde nur dann die Erde finden, wenn dieses Ziel erreicht sei.

Französische Offiziere für Polen

Eigene Drahtmeldung

Warschau, 20. Juli. Alle französischen Offiziere in Polen haben Befehl erhalten, sich bei polnischen Militärbehörden zur Verfügung zu stellen.

Millionenschiebungen

Eigene Drahtmeldung

Berlin, 20. Juli. Die Mittelbehörden sind umfangreichen Schiebungen auf die Spur gekommen, die Beamte des Reichskommissariats für Aus- und Einbürgerung in Köln sich gegen zu schaden kommen lassen. Es handelt sich um Schiebungen, die den 10 Millionenwerte in Frage kommen. Mehrere Verhaftungen sind in Berlin und Köln vorgenommen worden.

Die Friedensvermittlung im Osten

In Spa hat Lloyd Georges nach eingehenden Verhandlungen mit dem polnischen Ministerpräsidenten Grabkoff übernommen, zwischen dem bedrückten Polen und dem unaufrichtig verdringenden Sowjetrußland einen Waffenstillstand zu vermitteln. Wenn man gewisse Vorläuferberichte las, so konnte man es freilich kaum begreifen, warum Polen es mit der Waffenruhe so eilig habe. Billudskis, des Nationalheros, Ruf, ries angeblich Hunderttausende von Freiwilligen unter die Adler-Flaggen. Was es mit dieser Freiwilligkeit auf sich hatte, darüber erfahren wir allerdings Genoueres durch die aus den nun polnischen Gebieten über die Grenzen stehenden wehrfähigen Deutschen, die man nach allen Regeln altpreußischer Wehrdienst zum Heeresdienst „prechte“. Aber selbst diese Gewaltmaßnahmen scheinen keine Armee auf die Beine gebracht zu haben, der man einen erfolgreichen Widerstand gegen die in Einmärschen vorrückenden, gut bewaffneten und von streifender Disziplin zusammengehaltenen roten Truppen zutraute. Sont könnte man nicht begreifen, daß das noch bis vor kurzem bis zur Annäherung selbstbewußte Polen sich dazu verstand, Lloyd Georges Waffenstillstandsbedingungen sich zu unterwerfen, in denen deutlich zum Ausdruck kommt, daß die „Gelben der Ukraine“, die „Kiewstürmer“, die Besiegten sind. Angesichts der ersten Lage an der Front, so heißt es in dem Bericht, den die Alliierten aus Borsch-a erhalten, setzte Grabkoff, allerdings nach hartem Kampf mit nationalistischen, zum Widerstand bis auf Wessler entschlossenen Kreisen, die Annahme der Waffenstillstandsbedingungen durch.

Die aber stellt sich Rußland zu Lloyd Georges Vorwürfen, die zum Beispiel fordern, daß die Sowjetarmee 50 Kilometer von der in Versailles festgesetzten polnischen Grenze ihren Siegesmarsch hemmen. Anfangs hieß es aus

Spa aus „gut unterrichteten Kreisen“, die Waffen hätten Lloyd Georges Nachgedruckt gegeben, sie nähmen seine Vermittlung an. Dabei, daß sie einen Stillstand ihrer Operationen ins Auge faßten, war aber aus den Heeresberichten vom Osten nichts zu merken. Und jetzt erfährt man, daß, wenn überhaupt eine Antwort von Moskau an den englischen Premier kam, diese ganz anders lautete, als zuerst vermutet wurde. Rußland erklärte, zum Frieden bereit zu sein, erst aber müßte Polen selbst den Wunsch danach bei der Sowjetregierung ausdrücken. In ungewisser Weise verdrängen sich die Männer von Moskau jede Einmischung der Entente.

Das ist eine glatte Absicht, die „die Herren Europas“ erleben. Wie sie darauf reagieren werden, ist noch nicht sicher. Zwar weisen französische Mütter darauf hin, noch sei Polen nicht verloren. Warschau, in das Trotz angeht als Triumphator einzuziehen wünsche, liege noch weit ab von der Front. Das aber ist ein Trost, der mit jedem Tage billiger wird. Ob die Alliierten noch Zeit haben, Polen ausreichende Hilfe zu bringen? Wahrlich, nein, zumal den französischen Truppen, deren Marsch nach Polen ja längst angekündigt wurde, der kürzeste Weg durch Deutschland verschlossen ist. Denn unsere Eisenbahnen haben ja erklärt, den Verkehr, Entente truppen durch Deutschland nach dem Osten zu befördern, würden sie mit dem Generalstabsbeamten.

Es wird der Entente nichts übrig bleiben, als ihren Schicksal, der die rote Flut von Westen Europas ferntallen sollte, auf bessere Zeiten zu vertrauen und ihn im übrigen seinem Schicksal und Rußland zu überlassen. Das bedeutet die Bolschewisierung des Landes. Immer wieder aufführende kommunistische Urkunden, namentlich in den Grenzgebieten Polens beweisen, daß der bolschewistische Gedanke, unterirdisch durch den rufschändenden Ruf, läuft auch unter dem Äußeren des weißen Adlers sich eingenistet hat. Wenn es soweit käme — und im Echo de Paris wird dieser Gedanke